

C **GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN**

CK **RECHT; VERWALTUNG**

CKA **Rechtswissenschaft**

Personale Informationsmittel

Karl LOEWENSTEIN

Apologie des liberalen Staatsdenkens

EDITION

24-2 ***Apologie des liberalen Staatsdenkens*** / Karl Loewenstein.
Hrsg. von Michael Kubitscheck. - Originalausg. - Frankfurt am
Main : Klostermann, 2024. - 113 S. ; 20 cm. - (Klostermann Ro-
te Reihe ; 156). - ISBN 978-3-465-04655-4 : EUR 18.00
[#9106]

Karl Loewenstein (1891 - 1973) war ein aus München stammender angesehener Jurist in den Bereichen Völker- und Staatsrecht, der zudem acht Jahre lang mit Max Weber befreundet gewesen war.¹ Er lehrte mehrere Jahrzehnte in den Vereinigten Staaten (Yale, Amherst College), wohin er 1933 ausgewandert war, nachdem er zuvor als Rechtsanwalt gearbeitet hatte. Dort entwickelte er, zusammen mit Karl Mannheim, das Konzept einer sogenannten wehrhaften oder streitbaren (militant) Demokratie.²

¹ Seine Autobiographie wurde vom Rezensenten bei ihrem Erscheinen 2023 leider übersehen. Siehe ***Des Lebens Überfluß*** : Erinnerungen eines ausgewanderten Juristen / Karl Loewenstein. Hrsg. von Oliver Lepsius, Robert Christian van Ooyen und Frank Schale. - Tübingen : Mohr Siebeck, 2023. - XLIII, 400 S. ; 24 cm. - ISBN 978-3-16-162509-1 : EUR 39.00. - Inhaltsverzeichnis: <https://dnb.info/129270697x/04> - Eine nachträgliche Rezension in **IFB** ist vorgesehen. - Zu Max Weber siehe ***Max Webers staatspolitische Auffassungen in der Sicht unserer Zeit*** / Karl Loewenstein. - Frankfurt/M. : Athenäum, 1965. - Siehe außerdem ***Verfassungsdenker*** : Deutschland und Österreich 1870 - 1970 / Detlef Lehnert (Hg.). - 1. Aufl. - Berlin : Metropol-Verlag, 2017. - 360 S. ; 24 cm. - (Historische Demokratieforschung ; 11). - ISBN 978-3-86331-350-0 : EUR 24.00 [#5478]. - Rez.: **IFB 17-4** <http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=8635>

² ***Demokratie*** : eine deutsche Affäre ; vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart / Hedwig Richter. - München : Beck, 2020. - 400 S. : 22 Ill., 3 Diagramme ; 22 cm. - ISBN 978-3-406-75479-1 : EUR 26.95. - S. 261. - Es mag sein, daß damit auch die Konsequenz aus dem gezogen wurde, was der Staatsrechtler Martin Kriele als die „Widerstandslosigkeit des deutschen Liberalismus“ bezeichnet hatte. Siehe ***Einführung in die Staatslehre*** : die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates / Martin Kriele. - 5., überarb. Aufl. - Opladen : Westdeutscher Verlag, 1994, S. 336 - 339.

Unmittelbarer Anlaß für die hier von Michael Kubitscheck aus dem Nachlaß herausgegebene Schrift³ war eine Auseinandersetzung im Rahmen der Staatsrechtslehrertagung in Halle im Oktober 1931. Denn dort, der letzten einschlägigen Tagung in der Weimarer Republik, ging es auch um die Frage, wie die Demokratie z. B. durch eine Wahlrechtsreform verteidigt werden konnte.⁴ Auch Loewenstein meldete sich hier in der Diskussion zu Wort. Im Nachgang zur Tagung publizierte nun der Staatsrechtslehrer Otto Koellreutter, der dem Nationalsozialismus gegenüber positiv eingestellt war, einen Text über die Krise des liberalistischen Staatsdenkens, der indirekt vor allem gegen Hans Kelsen und Karl Loewenstein gerichtet war.⁵

Loewenstein betont in seiner Schrift, die er selbst in der Weimarer Republik nicht mehr veröffentlichen konnte (was der Herausgeber detailliert nachzeichnet), daß Freiheit nicht ohne ihren Gegensatz bestimmt werden könne. In einem Brief an den Verleger Oskar Siebeck, der die Schrift zügig herausbringen wollte, mußte Loewenstein diesen aber vertrösten, da er den Text nicht schicken könne. So habe die Abhandlung Hand und Fuß gehabt, „solange sie den Liberalismus in der Auseinandersetzung zwischen Diktatur und Demokratie verteidigte“ (S. 29). Doch sei jetzt, im Oktober 1932, die Durchführung seiner Grundthese schief geworden, da sich die Diktatur als autoritäre 'Legitimität' einkleide (ebd.). Er plant demnach eine Neuformulierung der Abhandlung, wozu es dann allerdings nicht mehr kommen sollte. Loewenstein mußte 1933 Deutschland verlassen, wie bereits erwähnt (dazu S. 97).

Loewenstein zufolge war der Liberalismus im deutschen Staatsdenken verfemt, vor allem seit 1919; man dürfe von ihm nicht sprechen und liberales Gedankengut müsse sich gleichsam verstecken und verkleiden (S. 41). Liberalismus und Demokratie seien auch keineswegs identisch, wenn sie sich auch aneinander angenähert hätten. Indem nun aber Liberalismus und De-

³ Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1321210140/04>

⁴ Zur Weimarer Demokratie siehe z. B. **Das Wagnis der Demokratie** : eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung / Horst Dreier, Christian Waldhoff (Hrsg.). - München : Beck, 2018. - 424 S. : Ill. ; 23 cm. - ISBN 978-3-406-72676-7 : EUR 29.95. Weiterhin vgl. z. B. **Die Totengräber** : der letzte Winter der Weimarer Republik / Rüdiger Barth ; Hauke Friederichs. - Frankfurt am Main : S. Fischer, 2018. - 409 S. : Ill., Kt. ; 22 cm. - ISBN 978-3-10-397325-9 : EUR 24.00 [#5985]. - Rez.: **IFB 19-2** <https://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9720> - **Carl Schmitt. Die Weimarer Jahre** : eine werkanalytische Einführung / Wolfgang A. Mühlhans. - 1. Aufl. - Baden-Baden : Nomos, 2018. - 733 S. ; 23 cm. - ISBN 978-3-8487-5304-8 : EUR 134.00 [#6272]. - Rez.: **IFB 19-1**

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9482>

⁵ Siehe zuletzt **Hans Kelsen** : Biographie eines Rechtswissenschaftlers / von Thomas Olechowski. Unter Mitarb. von Jürgen Busch ... - Tübingen : Mohr Siebeck, 2020. - XXI, 1027 S. : Ill. ; 24 cm. - ISBN 978-3-16-159292-8 : EUR 59.00 [#6949]. - Rez.: **IFB 20-3**

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=10413> - **Hans Kelsen zur Einführung** / Horst Dreier. - Hamburg : Junius, 2023. - 277 S. ; 17 cm. - (Zur Einführung). - ISBN 978-3-96060-336-8 : EUR 17.90 [#8631]. - Rez.: **IFB 23-2** <http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=12087>

mokratie im allgemeinen gleichgesetzt würden, ergebe sich auch, „dass die antidemokratische Strömung auch gleichzeitig antiliberal ist“ (S. 43 - 44; 58). Während die älteren Staatsrechtslehrer, die noch unter der Bismarck'schen Verfassung groß geworden waren, liberal oder liberalistisch war, sei die jüngere Generation entschieden antiliberal, was Loewenstein nicht als Vorwurf, sondern nur als Tatsachenfeststellung meint (S. 44 - 45). Loewenstein nenne hier als Beispiel für diese Jüngeren Gerhard Leibholz, aber er geht auch auf Carl Schmitt ein, der in seiner Verfassungslehre nichts anderes schildere als den „bürgerlich-liberalen Rechtsstaat“ der Weimarer Verfassung, dies jedoch mit einem negativen Wertakzent verbinde, so daß Schmitts großer Leistung der Stempel des „antiliberalen Ressentiments“ aufgedrückt werde (S. 47). So entstehe auch der Eindruck, der bürgerlich-liberale Rechtsstaat sei nur ein möglicher Staatstypus und im Hintergrund warte bereits eine andere Staatsform, „um den bürgerlich-liberalen Rechtsstaat in die Kulisse zu verweisen“ (S. 47).

Als Antithese des liberalen Denkens nennt Loewenstein den Bolschewismus bzw. den Kollektivismus, in dessen Rahmen die individuelle Geisteshaltung keinerlei Geltung mehr beanspruchen kann. Der Bolschewismus sei seiner Staatsstruktur nach antiliberal, weil die Freiheit des Einzelnen bewußt dem Ideal einer besseren Zukunft geopfert werde. Das russische Staatsgefühl sei „die eigentlich existenzvernichtende Antithese“; der Faschismus die zweite antiliberalen Position (S. 51).

Faschismus ist für Loewenstein keine Ideologie, sondern eine Herrschaftstechnik; allerdings glaubte Loewenstein auch, daß der italienische Faschismus lediglich „eine Zufälligkeit der innerpolitischen Nachkriegssituation Italiens“ war, da der Wirtschaftsliberalismus dort erhalten blieb und kein innerer Zusammenhang zwischen Staats- und Wirtschaftsordnung bestehe, wie es im Bolschewismus dagegen der Fall sei (S. 53).

Loewenstein nennt die Merkmale der Entliberalisierung in Italien, die zu einer moralischen Depravation des Volkscharakters geführt hätten. Es gebe eine „unaufhaltsame Verstaatlichung der öffentlichen Meinung“, eine „Unterdrückung der Meinungsfreiheit an Universitäten, Schulen, Theater“ und „das Fehlen jeder legalen Opposition“. Dazu komme noch der Wegfall einer rechtlichen Kontrolle der Verwaltung (S. 54). Der Faschismus erscheine dem liberalen Menschen „als eine sozial-pathologische Degenerationerscheinung“, die sich einer „jahrzehntelangen psychischen Überbeanspruchung des Einzelnen durch den Staat verdanke“ (S. 52). Es handele sich hierbei darum, daß die Massen von der Verantwortung entlastet werden wollten, mit der sie „von der Ideologie der willensbetonten Demokratie belastet wurden“; Loewenstein spricht somit in bezug auf den Hintergrund der Entstehung des Faschismus von einer „pathologische(n) Ermüdungerscheinung“ (S. 52). Warum sich nun wiederum Deutschland in den Jahren der Weimarer Republik „aus seiner geistigen Mitte gerissen und in die letzten Extreme“ geworfen wurde, sei angesichts der geschichtlichen Ereignisse nicht schwer zu verstehen (S. 60). Inwieweit man mittels psychopathologi-

scher Kategorien die politische Dimension der genannten Phänomene angemessen erfassen kann, sei hier dahingestellt.⁶

Es stelle sich angesichts der verbreiteten Verantwortungslosigkeit nun die Frage, worin denn eigentlich die liberalen Errungenschaften bestünden, die gegen das neue Staatsideal zu verteidigen wären (S. 65). An erster Stelle wird man den Freihandel nennen müssen, der sich der Vorstellung einer nationalen Autarkie entschieden entgegenstelle, also auch dem „ideologisch falsch orientierten Protektionismus“ (S. 67). Allerdings ist für Loewenstein im konkreten Zusammenhang nicht der wirtschaftliche Aspekt entscheidend, sondern das mit dem Liberalismus verbundene „Bedürfnis, in der Luft der geistigen Freiheit zu atmen“, womit er sich auf den Idealismus von Kant, Fichte und Humboldt bezieht (S. 67). Von Letzterem bezieht er auch das „Grunddogma“ dieses Liberalismus, die „Gewissheit der gesetzmäßigen Freiheit“ (S. 68). Neben dem Eigentum sind nicht zuletzt die Abwehrrecht gegen den Staat für die bürgerliche Freiheit grundlegend: „Dem liberalen Geist graut es vor der Schematisierung der öffentlichen Meinung, welche für die Diktatur die eigentliche Voraussetzung ihre Existenzbehauptung ist und sein muss“ (S. 68 - 69). Loewenstein sieht hier gerade an diesem Punkt sehr klar: „Sobald Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit aus einem Ventil der öffentlichen Meinung gegen den Staat zu einem Hebel des Staats gegen die öffentliche Meinung geworden sind, ist die rechtsstaatliche Kontrolle der Gewaltunterworfenen gegenüber dem Staat illusorisch, die geistige Freiheit der Kirchhofruhe der Diktatur gewichen“ (S. 69).

Das wird von Loewenstein noch vertieft durch eine Diskussion der unantastbaren Freiheitsrechte gegenüber dem Staat (S. 71 - 80), wobei er auch auf das für Liberale problematische Notverordnungsrecht eingeht. Als „Forderung des Tages“ für das liberale Staatsbewußtsein gelte es, an der demokratischen Staatsgestaltung festzuhalten, aber auch „radikale Operationen am Verfassungsorganismus“ durchzuführen (S. 82), wozu er die Abschaffung des Verhältniswahlrechts zählt. Andere Länder wie England werden in die Betrachtung einbezogen; auch sei der liberale Staatsdenker keineswegs blind gegenüber den Fehlern der Demokratie, doch ob die einzelnen Vorschläge Loewensteins dann tatsächlich eine Besserung brachten oder gebracht hätten, sei hier dahingestellt.

Es ist sehr verdienstvoll, diesen Nachlaßtext eines wichtigen Schülers und Freundes von Max Weber herausgebracht zu haben.⁷ Das liberale Ziel innerer und äußerer Befriedung ist zweifellos ein zeitgemäßes, das unabhängig von der konkreten Lage nach dem Ersten Weltkrieg und am Ende der Weimarer Republik leitend und anregend sein kann. Loewensteins liberales Credo betont abschließend, es sei nichts zu erhoffen von der „Kultur der Diktatur, deren Werte nicht wachsen, sondern angeordnet werden“ (S. 95).

Till Kinzel

⁶ Zum Thema siehe aus jüngerer Zeit z. B. **Fascism** : the career of a concept / Paul E. Gottfried. - DeKalb : Northern Illinois University Press, 2017.

⁷ Nebenbei sei jedoch bemerkt, daß es sich als ungünstig bzw. unnötig erweist, eine solche lobenswerte Edition mit tagespolitisch orientierten Bemerkungen des Herausgebers zu versehen, die eine nur allzu geringe Halbwertszeit besitzen (S. 5).

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=12669>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=12669>